

Das Land ist aufgrund seiner Geschichte noch relativ fragil und verfügt über wenig ausgeprägte Checks & Balances der verschiedenen Gewalten im Staat. Zudem sind die staatlichen Strukturen und Institutionen noch schwach. Das Bewusstsein der Bürger und Bürgerinnen, sich als Teil der Zivilgesellschaft zu verstehen und sich damit an relevanten politischen Entscheidungen zu beteiligen, ist wenig ausgeprägt.

Mit der Parlamentsunterstützung bietet die Schweiz dem Gesetzgeber in Nordmazedonien das nötige Know-how über Instrumente und Prozesse, um die komplexe Arbeit des Parlaments transparenter und effizienter zu gestalten und die Rechenschaftsablegung gegenüber den Wählern zu erhöhen. Die Schweiz bringt hier ihre eigene Erfahrung in der Parlamentsarbeit mit ein. Die Schweiz gilt in Nordmazedonien als Vorbild und Modell eines demokratischen Staates mit langer Tradition und grosser Bürgernähe und hat damit eine hohe Glaubwürdigkeit in Fragen der politischen Partizipation und Rechtsstaatlichkeit. Die DEZA legt in ihrer Projektarbeit Wert auf eine strategische und langfristige Ausrichtung der Unterstützung. Dies im Wissen darum, dass Veränderungen von Strukturen und Prozessen Zeit benötigen, wenn sie nachhaltig sein sollen. Die Schweiz ist zudem auf Unparteilichkeit bedacht und legt Wert darauf, dass das Parlament alle politischen Kräfte gleichermaßen in die Prozesse miteinbezieht.

In diesem Sinne ist die integrierte Botschaft der Schweiz in Nordmazedonien für diese Aufgabe gut positioniert. Die Botschaft verfügt über eine sogenannte integrierte Struktur und kann sowohl über diplomatische als auch über entwicklungspolitische Instrumente handeln. Die Botschafterin als diplomatische Vertreterin ist gleichzeitig auch Chefin

des DEZA/SECO Programmes vor Ort. In der Regel werden diese zwei Funktionen von unterschiedlichen Personen wahrgenommen.



Talat Khaferi, Parlamentspräsident Nordmazedoniens zu Besuch bei NR-Präsidentin Carobbio (Juni 2019)
Bild Schweizer Parlament

Die Synergien, die sich daraus ergeben sind sowohl für die diplomatische als auch die entwicklungspolitische Arbeit von Vorteil. Als Botschafterin habe ich einen einfachen Zugang zu Behörden und Regierungsvertretern und kann dies für die Projektarbeit sehr gut nutzen. Auf der anderen Seite erlauben mir die technischen Kenntnisse des Projektes und der Prozesse im Parlament informierte Diskussionen mit politischen Exponenten in der diplomatischen Arbeit. Die Schweiz kann dadurch mit fundiertem Wissen auftreten und die demokratischen Werte unseres Landes einbringen. Die Schweiz gilt als glaubwürdige und verlässliche Partnerin von Nordmazedonien. Und kann damit einen relevanten Beitrag leisten, um das Land in eine demokratische Zukunft zu führen.

Botschafterin Sybille Suter Tejeda

DAS PARLAMENT STÄRKEN HEISST DIE DEMOKRATIE STÄRKEN

Die Schweiz unterstützt seit den 90er Jahren die Länder des Westbalkans in ihrer sozialen, politischen und wirtschaftlichen Transition. Unter anderem fördert sie den Demokratisierungsprozess, dies auch auf institutioneller Ebene. Neben Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo und Serbien ist die Schweiz auch in Nordmazedonien engagiert, beispielsweise mit einem Projekt zur Parlamentsunterstützung (PSP).

Seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime befinden sich die Westbalkanländer in der Transition hin zu einer demokratischen Gesellschaft und einer freien Marktwirtschaft. Der Systemwandel ist in den verschiedenen Ländern unterschiedlich weit fortgeschritten. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) setzt

gemeinsam mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) auf bilateraler Ebene in jedem der Länder eine eigene Kooperationsstrategie um. Da die internationale Zusammenarbeit der Schweiz – gerade in Transitionsländern – einen Schwerpunkt auf die Förderung von Rechtsstaat und Demokratie legt und die verschiedenen Balkanländer mit ähnli-

chen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, beinhalten die Programme der DEZA in dieser Region ähnliche Projekte.

Die Schweizer Kooperationsstrategie 2017-2020 mit Nordmazedonien fokussiert auf drei thematische Bereiche: demokratische Regierungsführung, Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung sowie Infrastruktur und Umwelt. Im Gebiet der demokratischen Regierungsführung hat das Land seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1991 grosse Fortschritte gemacht. Nichtsdestotrotz hatte sich

der Reformprozess während der Zeit der alten Regierung verlangsamt. Dies liegt vor allem daran, dass vereinzelt Parteien die öffentlichen Institutionen zu vereinnahmen und politisieren begannen – so auch die Parlamentsabläufe. Um solchen Prozessen entgegenzuwirken, setzt sich die DEZA mit Projekten zur systemischen Parlamentsreformierung ein. Ziel ist es, die Kontrollmechanismen der Parlamente gegenüber der Exekutive auszubauen, die Parlamente in ihrer gesetzgeberischen Funktion zu stärken und die Repräsentation der Bürger und Bürgerinnen zu verbessern.



Konferenz zum Dialog zwischen Parlament und der Zivilgesellschaft

Bild Civica Mobilitas

In Nordmazedonien unterstützt die DEZA seit 2009 den Aufbau eines Parlamentsinstituts als Teil der Parlamentsdienste. Das Parlamentsinstitut bietet den Mitgliedern des Parlaments verschiedene Dienstleistungen an. So werden auf Anfrage beispielsweise Recherchen zu Gesetzesentwürfen durchgeführt, um den Parlamentariern faktenbasierte Argumente für den Gesetzgebungsprozess zu liefern. Gleichzeitig hat die DEZA zur Errichtung eines Archivs und einer Parlamentsbibliothek beigetragen, welche Zugang zu relevanten Informationen bieten. Damit soll die Qualität der Gesetzesdebatte und somit auch der erarbeiteten Gesetze gesteigert werden. Auch das Besuchermanagement, die Öffentlichkeitsarbeit und die Zusammenarbeit mit Schulen fällt in den Aufgabenbereich des Parlamentsinstituts. Hier konnte die DEZA stark von der Expertise der Schweizer Parlamentsdienste profitieren, welche die Umsetzung des Projektes seit 2016 unterstützen. Aufgrund der erfolgreichen Zusammenarbeit mit dem Parlamentsinstitut und des durch die 2017 gewählte Regierung wiedererstickten Reformwillens wurde vor kurzem ein neues Parlamentsprojekt beschlossen. Es betrifft nicht nur die Verwaltungsebene,

sondern strebt direkte Reformen im Parlament auf einer politischen Ebene an. Neben der Parlamentsverwaltung wird mit weiteren Organen zusammengearbeitet, um die Entwicklung des Parlaments hin zu einer professionellen und unabhängigen Institution zu fördern.

Insbesondere die Exekutive nimmt gegenüber dem Parlament nach wie vor eine dominante Rolle ein und schränkt so den freien Meinungs austausch und die Debatte im Gesetzgebungsprozess ein. Einen wichtigen Fokus legt das neue Parlamentsprojekt deshalb auf die verstärkte Einbindung und Interaktion mit der Zivilgesellschaft und auf die unabhängige Aufsicht des Parlamentes über die Exekutive.

Die Reformarbeit steht immer wieder vor neuen Herausforderungen, weshalb es einen sehr langen Atem braucht. So litt das Vertrauen der westlichen Beobachter in den Transitionsprozess nach dem Abhörskandal von 2015, bei dem systematische Wahlfälschungen und Missbräuche von staatlichen Institutionen durch die Regierungspartei nachgewiesen wurden. Dies löste im Balkanland die gröss-

te politische Krise seit 2001 aus. Mit der neuen Regierung konnte man diese Rückschläge überwinden. In der Zwischenzeit wurde auch der Namensstreit mit Griechenland einvernehmlich gelöst. Dieser frische Wind macht bezüglich des erhofften Erfolgs von PSP zuversichtlich. Die Schweiz unterstützt mit diesem und anderen Projekten die demokratischen Reformen in Nordmazedonien, um das Land in seiner europäischen Integration zu

unterstützen. Genau dies scheint im Moment wieder möglich zu sein, denn die Reformbemühungen Nordmazedoniens stossen in Brüssel auf Gehör. Man erhofft sich, dass bald erste Beitrittsverhandlungen mit der EU eingeleitet werden können.

Srdan Dragojevic

PARLAMENTSBSUCHE UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT ALS INSTRUMENTE DER DEMOKRATISIERUNG

Die Schweizer Parlamentsdienste (PD), namentlich das Ressort Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation beteiligte sich am Projekt der DEZA zum Aufbau des Parlamentsinstituts (PI) in Nordmazedonien. Als Leiterin der Parlamentsbesuche durfte ich die nordmazedonischen Parlamentsdienste beim Ausbau und der Entwicklung ihrer verschiedenen Angebote im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit begleiten und beraten. Zwischen November 2016 bis März 2019 fanden zu diesem Zweck je drei Besuche der betreffenden Delegationen in Bern und Skopje statt.



Sitzung des Teams PI mit der Delegation PD
Bild Nordmazedonisches Parlamentsinstitut (PI)

Beim ersten Treffen in Bern zeigte sich die Delegation aus Nordmazedonien sehr beeindruckt vom vielfältigen Angebot der Parlamentsbesuche und insbesondere auch von den eindrücklichen Besucherzahlen sowie der Nähe des Schweizer Parlaments und dessen Mitgliedern zur Bevölkerung. Genau dieses Interesse der Bevölkerung an der Arbeit des Parlaments und die Nähe zu den Parlamentsmitgliedern gehörte zu den wichtigen Zielvorgaben des PI.

Für eine erfolgreiche Umsetzung dieser Ziele galt es die unterschiedlichen Voraussetzungen in der Schweiz und Nordmazedonien zu berücksichtigen. Unterschiede gibt es sowohl in politischer und organisatorischer wie auch in finanzieller und kultureller Hinsicht. Um nur einige zu nennen: Der Prozess der Demokratisierung steht in Nordmazedonien in seinen Anfängen; viele stehen diesem politischen Kulturwandel noch skeptisch gegen

über. Darauf musste besonders viel Gewicht gelegt werden. Auch tagt das Parlament in Skopje das ganze Jahr, was den Ablauf und die Häufigkeit der Führungen und weiterer Angebote erheblich beeinflusst. Zudem braucht die Einführung neuer Angebote recht viel Geduld, da sie verschiedenste Hierarchiestufen durchlaufen und eventuell noch angepasst werden müssen. Des Weiteren können es sich viele Nordmazedonier finanziell gar nicht leisten nach Skopje zu fahren, um vor Ort in die parlamentarische Arbeit eingeführt zu werden. Es galt somit zusätzliche Lösungen und Angebote zu finden, mit denen auch diese Bevölkerungsgruppe erreicht werden kann.

Eine zusätzliche wichtige Herausforderung des PI bestand darin, nebst der Entwicklung von stufenangepassten Schüler-Workshops spezielle Ausbildungsangebote für das Lehrpersonal anzubieten. Damit kann bereits in den Schulen der noch unbefriedigende Unterricht der politischen Bildung gefördert sowie an die neusten Entwicklungen und Erkenntnisse angepasst werden. Im Gegensatz zur Schweiz, wo die PD von Anfragen regelrecht überannt werden, müssen in Skopje die Schulen und die Bevölkerung vom PI aktiv angefragt werden. Dabei haben wir festgestellt, dass nicht ganze Schulklassen, sondern jeweils nur die besten Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Schulen zu einem Workshop eingeladen wurden. Gefördert werden also vor allem diejenigen, die sich vermutlich ohnehin schon für das politische Geschehen interessieren. Will man die breite Bevölkerung erreichen, sollten aber alle Schülerinnen und Schüler berücksichtigt werden.